

SOLIDARITÄT MIT ISRAEL



Solidarisch gegen Antisemitismus

Unsere Verantwortung - Jetzt

Der 7. Oktober 2023 darf nicht gleich gemacht werden mit anderen Ungerechtigkeiten und Kriegen, sondern muss zum Anstoß genommen werden für eine Gesellschaft, in der jüdische Menschen ohne Angst leben können.

Israel, Zufluchtsort für zehntausende von Überlebenden der Naziverfolgung in Deutschland, hat mächtige Feinde, die sich nicht von dem Vernichtungswahn der Hamas distanzieren. Israel braucht aber Freunde, die nicht nur sein selbstverständliches Existenzrecht wie bei allen anderen Staaten dieser Welt bestätigen, sondern sich für seine reale Existenz einsetzen.

Wir wollen nicht wieder tatenlos zusehen, uns nicht wegducken, uns nicht verstecken hinter markigen Regierungsworten, Ausreden suchen. Wir wollen unsere Verantwortung für die Solidarität mit den Juden hierzulande und mit Israel gerecht werden. Auch wenn das liebgewordene Zusammenhänge und Beziehungen gefährdet, wollen wir in unseren Familien, in unseren Communities, in unseren Berufen und Institutionen offenen und versteckten antijüdischen Ressentiments widersprechen.

Ulrich Hentschel / Theo Christiansen / Gabi Ebermann / Marlies Engel
Berthold Brunner / Frank Howaldt / Matthias Lemme / Martin Lorenz
Michael Schirmer / Christian Stehr

Kontakt: Protest.zeit@t-online.de

7. Oktober 2023

Fassungsloses Entsetzen, untröstliche Trauer, Wunsch nach Vergeltung, Angst – so reagierten die Opfer, die Angehörigen und die allermeisten Israelis auf den präzise vorbereiteten Angriff der Hamas auf Israel. Mehr als 1200 Menschen, vor allem Jugendliche wurden massakriert, gefoltert und gedemütigt. Mehr als 220 Israelis wurden entführt und befinden sich seitdem in Geiselhaft. Der größte Massenmord an Juden nach 1945 ist weder aus der israelischen Besatzungspolitik zu erklären oder gar zu rechtfertigen, noch dient er in irgendeiner Weise irgendeiner Art von Befreiung. Die Hamas verfolgt mit ihrem Terror ausschließlich das Ziel der Auslöschung des Staates Israel und allen jüdischen Lebens.

Solidarität mit den Menschen in Gaza bedeutet konkret die Forderung nach Kapitulation der Hamas

Um sich vor weiteren Angriffen der Hamas zu schützen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, geht Israel mit Luftangriffen und Panzern gegen die Hamas im Gaza-Streifen vor. Bei diesen Angriffen werden Tausende von palästinensischen EinwohnerInnen getötet. Wir trauern um diese Menschen und ihre Angehörigen. Ihr Tod und Leid und die Zerstörungen sind Teil einer Kriegslogik, die vermutlich nur noch mehr Hass und Feindschaft bringen wird.

Das Alles aber – und darauf wollen wir aufmerksam machen – könnte sofort beendet werden, wenn die Hamas kapituliert.

Aber sie missbraucht bewusst die von ihr unterdrückten BewohnerInnen in Gaza als Tarnung und Schutzschilde für ihre Attacken. Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Gaza beinhaltet deshalb die Forderung nach einer Kapitulation der Hamas und ebenso die Forderung, größtmöglichen Druck auf all die Staaten auszuüben, die die Hamas finanziell, militärisch und politisch unterstützen und in deren Hand es liegt, diesem Krieg ein schnelles Ende zu bereiten.

Wir sehen, dass die israelischen Regierungen der letzten Jahre dazu beigetragen haben, Spannungen zu verschärfen und friedenswilligen und -fähigen Kräften auf beiden Seiten keinen Raum zu geben. Wir sehen auch, dass der Überfall der Hamas von maßgeblichen Kräften in Israel dazu genutzt wird, noch aggressiver als zuvor und bislang ungestraft palästinensische BewohnerInnen aus ihren Orten im Westjordanland zu vertreiben und damit die Situation weiter zu verschärfen. Gleichwohl gehen wir davon aus, dass die Grundsätze von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nicht nur auf dem Papier stehen, einen Weg finden wird, der perspektivisch zu einem stabilen Frieden führen kann. Auch deshalb gilt in dieser Situation unsere Solidarität Israel.

Doch ohne die dezidierte Abkehr einiger benachbarter Staaten vom mittelbar oder unmittelbar erklärten Vernichtungswillen gegenüber Israel wird es diesen Weg nicht geben können.

Iran, Katar, Türkei: Keine Kooperation mit den Unterstützern der Hamas

Die Hamas kann ihren Krieg gegen Israel nur führen, weil sie vielfältige Unterstützung erhält:

- Für das iranische Ayatollah-Regime gehört die Vernichtung Israels zur Staatsdoktrin und der fundamentale Hass auf alle jüdischen Menschen zur Staatsideologie. Ohne die iranische Unterstützung wären weder die Hamas noch die Hisbollah im Libanon handlungsfähig. Deutschland ist mit Exporten von rund 1,5 Milliarden € der wichtigste europäische Handelspartner des Iran.
- das Emirat Qatar ist nicht nur milliardenschwerer Unterstützer der Hamas, sondern auch luxuriöser Wohnort für einige ihrer Führer, die große Reichtümer anhäufen und dafür die von Ihnen beherrschten Menschen in Gaza in Armut hielten und halten.
- der türkische Präsident Erdogan hofiert seit einiger Zeit die Hamas, attackiert Israel und mobilisiert seine Anhängerinnen zu großen antiisraelischen und antijüdischen Kundgebungen. Dessen ungeachtet unterhält Deutschland enge Beziehungen zu Erdogan. Die Mitgliedschaft der Türkei in der NATO wird nicht infrage gestellt.

Solidarität und Schutz für die Juden in Deutschland

„Es ist, als hätten Antisemiten weltweit nur auf die Anschläge gewartet.“ So die Auschwitz-Überlebende Eva Umlauf. Nicht nur in den arabischen Nachbarländern Israels, sondern auch in der Türkei, Frankreich, Belgien, USA wird Israel massiv und aggressiv dämonisiert und werden jüdische Menschen und Einrichtungen angegriffen. Hier in Deutschland ist die Zahl verbaler und gewalttätiger Angriffe auf Juden und ihre Einrichtungen sprunghaft gestiegen. Gleichzeitig gibt es neben vielen faktenreichen und empathischen Berichten in den Medien immer häufiger Ressentiments gegen Juden und sogar Relativierungen des Hamas-Pogroms.

Entgegen allen offiziellen Bekundungen hat Antisemitismus auch in unserer Stadt mehr Platz als in den Jahrzehnten zuvor. Jüdische Menschen können sich nicht mehr frei in diesem Land bewegen. Sie haben Angst, sie werden allein gelassen und sie müssen Anfeindungen aushalten.

Gegen Rassismus – Refugees are welcome

Die Verbrechen der Hamas und die Israel-Feindlichkeit islamistischer Gruppierungen werden hier in Deutschland dazu benutzt, alle Muslime in diesem Land und vor allem die Flüchtlinge aus muslimisch geprägten Ländern kollektiv zu verdächtigen. Rassismus und generalisierende Islam-Feindlichkeit nehmen zu und sind ein treibendes Element für die Anti-Flüchtlings-Politik der Bundesregierung. Sie lässt sich von einer AFD treiben, die immer offener faschistisch agiert und gleichzeitig an Zustimmung gewinnt. Zudem ist es vermutlich nur eine Frage der Zeit, bis sich der latente Antisemitismus der AFD in einen offenen verwandelt.